

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4  
Verleger: Dr. G. B. 22, 13 6 20, 13 6 27. Verlagsort: Leipzig Nr. 2660. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

## Neue Abmachungen zwischen England und Frankreich

### Der Weg zum Vorfrieden

Eine dumpfe Periode liegt zur Zeit über der abertausendjährigen Geschichte des deutschen Volkes. Die Ära der Hoffentlichkeitsabhandlungen, die Deutschland annehmen mußte und die für uns ein furchtbares Erbe und langgedehnten Träumen bedeutet, trägt zweifellos ihr Teil an diesem Tiefstand der Stimmung. Was der Wollang des Abkommens und Tag für Tag an schmerzlicher Erkenntnis bringt, muß weiter niederdrücken wirken. Lange aber darf dieser Zustand der Hofflosigkeit und Niederlagenhaftigkeit nicht andauern. Das deutsche Volk muß sich auf sich selbst, auf seine Kraft, auf seine 70 Millionen besinnen. Wir müssen die Vergangenheit entschlossen liquidieren und uns mit den uns verbietenden Kräften für eine neue Zukunft einrichten. So, wie bisher, darf es in Deutschland nicht weitergehen.

Welches sind die dringenden Aufgaben des deutschen Volkes? Darüber ist man sich in den weitesten Kreisen offenbar noch nicht klar.

Das Bürgertum glaubt seine Pflicht gegen die Not der Stunde dadurch zu erfüllen, daß es für die Nationalversammlung neue Parteiformeln und -gruppen gründet und daß es Kandidaten für die Wahlen sucht und stellt. Dabei ist nicht gerade ermutigend, wenn sich aller möglicher reaktionärer Mißwahn nach schuldlos demokratisch heißt und auf die Weise ein halbes Duzend demokratischer Parteien sich anstellen. Wenn die Nationalversammlung zusammenkommt, wenn anders wir gegenüber dem Ausland überhaupt verhandlungsfähig werden wollen. Doch die Entente mit einem Deutschland der Diktator nicht verhandelt, haben wir aus den Verhandlungen der letzten Staatsmänner mit hinreichender Deutlichkeit gesehen.

Vor der Sorge aber um morgen, um die Nationalversammlung, steht die Sorge für heute, die Sorge für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in den Tagen der Demobilisation, in denen die von der Front zurückkehrenden Truppen Deutschland überfluten und in denen eine allgemeine Verfehrdringung zu katastrophalen Störungen in unserer Ernährungsweisen führen kann. Hierfür können, neben der dazu vorhandenen und weiter dienenden Beamtenkräfte, auch die Soldatenräte eingesetzt werden, wie sich bereits gezeigt hat.

Der Braunsche Organisation ist für die Soldatenräte das erste Gebot. Sie müssen sich so sehr wie möglich auf der Grundlage der bestehenden Gliederung der Armeekorps zusammenschließen. Es geht nicht an, daß jeder Soldatenrat für sich das Recht freier Selbstbestimmung in seinem Raum in Anspruch nimmt. Auf diesem Weg entsteht eine Unzahl von Stadi- und später von Vorkommissaren. Eine derartige Desorganisation würde den sicheren Verfall des Reiches bedeuten. Wären dagegen die Soldatenräte der untergeordneten Verbände im Rahmen der Armeekorps-Vertretungen bei den Generalkommandos und würden die damit bei den Generalkommandos gebildeten Kommissare eine Gesamtvertretung für das ganze Reich, so ist eine wirkliche Einheitlichkeit ihrer Tätigkeit gewährleistet. Ausßer von unten nach oben, Aufwärtsentwicklung aller Ämter in einer auf freier Wahl beruhenden Spitze: dies ist der beste Weg, um die besten Soldatenkräfte, aber die die Arbeiter- und Soldatenräte verfügen, dem Dienste der Gesamtheit nutzbar zu machen. Nur eine derartige, das ganze Reich einbeziehende Organisation kann Anspruch auf das Vertrauen des Volkes erheben. Berlin ist nicht Deutschland.

Der anerkanntesten Energie, mit der die Mehrheit der Soldatenräte die Aufrechterhaltung der Ordnung in die Hand genommen hat, steht als erscheidender Kontrast die Schwäche und Desorganisation gegenüber, die das Bürgertum gezeigt hat, und die in ähnlicher Weise bei seiner der großen historischen Umwälzungen an Beobachtern gewesen sind. Hier ist es, alle Kräfte auszukümmeln und alle aufzurufen, die bisher untätig und wie gelähmt zur Seite gestanden haben. Alle bürgerlichen Berufsgruppen und Wirtschaftsverbände müssen zusammengefaßt werden und unter einheitlicher Leitung zusammengeführt werden.

Nur auf diesem Wege schafft das deutsche Bürgertum an seinem Teil die Ordnungsgrundlagen, deren Deutschland bedarf, um mit Würde auf Trösa in die Präliminarverhandlungen einzutreten. Neben der Aufrechterhaltung der Ordnung ist die Vorbereitung der Präliminarverhandlungen die dringende Frage für unser Volk. Mit Bedauern muß man feststellen, daß sich das deutsche Volk über die Bedeutung dieser Aufgabe noch nicht im klaren ist. Dies zeigt nicht zuletzt die Weichheit, mit der die öffentliche Meinung den Präliminarverhandlungen handelt. Der Vorfriede, für dessen Erörterung die Staatsmänner der Entente gegenüber, unterläßt von der öffentlichen Meinung ihrer Länder, die materiellen und technischen Grundlagen vorbereiten, wird — dessen muß man sich in Deutschland bewußt sein — der Grundstein werden für die künftige Gestaltung Deutschlands. Es muß der Grundstein sein für

### Ein englisch-französischer Sondervertrag

Während der Kammerheit des englischen Königs in Paris ist ein neuer englisch-französischer Sondervertrag abgeschlossen worden. Wie die Pariser Regierungspresse behauptet, besteht er aus zwei Teilen. Die betreffen das Verhalten während der Vorfriedensverhandlungen und Abmachungen für eine bestimmte Zeit nach Friedensschluß. „Matin“ meint, es handle sich auch um eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands und Österreich-Ungarns. Man werde in Paris und London eine Demomachie begünstigen, die auf Zusammenbruch aller vorwiegend von Katholiken bewohnten deutschen Gebiete zielen sollte. Solche und ähnliche Kombinationen der Pariser Presse dienen durchaus exakte Stimmungsberichte zur Veranschaulichung.

### Wie Deutschland hüben soll

Im seiner Rede in New Castle führte Lloyd George aus: „Es ist Grundlos, daß der Verlierer behauptet, nach diesem Grundlos wollen wir gegen Deutschland vorgehen, daß die Kriegsverbrechen bis zur Grenze seiner Verantwortung zurückzuführen sind.“ Deutschland darf die Entscheidung nicht auf die Seite des Verlierers, das es Unrecht mit billigen Worten überdeckt. Lloyd George: „Wir meinen, daß die Interventionen gerecht, aber ohne Konzessionen sein und an einer einheitlichen Abrechnung führen muß. Das die U.S. Sozialpolitik ansetzt, so müssen die Entente bekräftigt werden. Wer immer das Land eines andern zerstört, muß dafür verantwortlich gemacht werden. Zwei unabweisliche Verträge gegen das Völkerrecht sind begeben worden. Das eine war das Versprechen gegen die Menschlichkeit, diesen großen Krieg zu planen, das andere der Bruch des Völkerrechts. Wir müssen dahin wirken, daß die Schreie dieses schrecklichen Krieges nicht verhallen werden. Wir müssen dahin wirken, daß durch unser lebendes Vorgehen, durch ein gerechtes, fürchtloses und mittelbares Vorgehen solche Verbrechen nie wieder in der Geschichte der Welt wiederholt werden.“ In dem Teil seiner Rede, in dem Lloyd George über die Entscheidung sprach, sagte er: „Die Alliierten erwidern diese Frage. Wir haben eine große Kommission ernannt, in der jede Meinungsäußerung vertreten ist, um Deutschland die Leistungsfähigkeit zu untersuchen. An der Gerechtigkeit der Forderung ist kein Zweifel. Frankreich unterliegt diese Frage gleichfalls im Hinblick der außerordentlich schweren Schäden, die seinen Wäldern zugefügt worden sind, abgesehen von den Kosten der Führung des Krieges. Die Frage der Verantwortung für den Einfall in Belgien wurde einigen der größten Juristen dieses Landes übertragen. Sie kamen schließlich zu der Überzeugung, daß der Kaiser sich eines Kriminalverbrechens schuldig gemacht habe, für das er zur Verantwortung gezogen werden sollte.“

### Der Berliner Bürgererrat

Der Berliner Bürgererrat erließ folgenden Aufruf: Der durch 3000 Vertreter aller in Berlin anwesenden bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verbände und Vereine am 20. November 1918 erwählte Groß-Berliner Bürgererrat wendet sich an die Bevölkerung und den Behörden der Interessierten des Bürgertums unter demütiger Mahnung von einheitlicher Klassenpolitik. Er stellt sich auf den Boden der vollzogenen Tatsachen und ist davon überzeugt, daß die neue Zeit einen neuen Geist verlangt. Der Bürgererrat verlangt nachdrücklich die abschließende Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung auf Grund eines gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen; 2. den unbedingten Schutz des Eigentums; 3. die Unterlassung aller der Grundlag- und produktiver Wirtschaft umstülpernden Maßnahmen wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Art, welche energische Förderung der Produktivität deutscher Arbeit und Wirtschaft. Der Bürgererrat fordert das gesamte deutsche Bürgertum auf, überall in Stadt und Land Räte und alle Schichten der Bevölkerung zu konstituieren. Alle schon vorhandenen und entstehenden Bürgererräte werden aufgefordert, sich umgehend mit den Geschäftsstellen zu verständigen. Sie werden sobald als möglich zur Bildung eines zentralen Bürgererrats einberufen werden, der das deutsche Bürgertum vertritt. Das Bürgertum darf in entscheidender Stunde nicht latenten be sitzen.

### Die Mehrheit der Amerikaner für den Rechtsfrieden

Das Washington wird gemeldet: Der amerikanische Senator Folger erklärte unter dem Eindruck eines Artikels der „Washington Post“, die Willsen den Charakter eines Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten abdrückt, daß die Welt eine große Mehrheit der Amerikaner die internationalen Akte der Entente verwerfen und eine gerechte Behandlung eines demokratischen Deutschlands wünsche. Neben anderen Gründen werde die Mehrheit der Amerikaner als Verrat ihrer Ideale empfunden und auf Abschaffung bedürftig.

### Das erste deutsch-österreichische Staatsbudget

Es ist nicht verwunderlich, daß die finanziellen Verhältnisse der neuen deutsch-österreichischen Republik nicht rosig sind. Vor allem ist alles noch unklar über die Umfang des Staatsschatzes, der Anteil der abgefallenen Staaten an der Staatskasse Österreichs, der Umfang der Abwanderung über den Verbleib der bestehenden großen Finanz- und Industrieunternehmungen, der Grad des Vertrauens, das dem neuen Staat bei Kreditoperationen auszuweisen werden dürfte, u. dergl. m. Trotz dieser Unklarheiten und Ungewissheit muß die Staatsverwaltung sorgfältig werden, wenn nicht ein Zusammenbruch erfolgen soll, der alles, aber auch alles mitreißt und unter sich begräbt. Das letzte Kabinett Kommalch-Medich hat nach vorläufiger einer Anweisungsbefugnisse bei der deutsch-österreichischen Finanzverwaltung, welche die Zustimmung der Staatsrat-Kontrollkommission nicht eingeholt wurde; aber Geld nicht bekanntlich nicht, und dem neuen Staat kommen die Kassenbehörden des alten Staates zur Verfügung der unaufrichtigeren Ausgaben und der am 1. Dezember künftigen Einkünfte der Kriegsanleihe, eventuell auch zur teilweisen Deckung der dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung. Die ungeliebte Kassenkammer hat in der sehr respektvollen Höhe von 600 Millionen aufgerechnet.

### Die Hungersnot in Deutsch-Österreich

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Eine Gruppe von Entente-Journalisten und Schweizer Pressevertretern hat in Zürich und Wien Besuche und berichtet als unverlässliche Zeugen schreckliche Einzelheiten von der Hungersnot in Deutsch-Österreich. Wien ist ganz besonders schwer betroffen, weil die Lebensmittel vor der Hand fast ausschließlich von den Alliierten geliefert werden. Es ist eine große Sterblichkeit vorhanden. Nicht einmal Kartoffeln und Brot sind noch zu haben. Die Journalisten erzählten, daß in der Entente-Ostsee keine Verbindung, daß in dem Lande gemaltene Hungersnot und schwere Volkselendigkeiten ausbrechen. Ganz Deutsch-Österreich geht in einigen Tagen dem Hungertode entgegen.

### Die Vorgänge in Brünn

Der Stadtrat hat beschlossen, in der entscheidenden Weise von der Prager Regierung sofortige Freilassung des von den Tschechen verhafteten Bräuer deutschen Bürgermeisters Dr. Derold zu fordern. Dem Stadtrat liegen heute in seiner Stellung eingehende telegraphische Berichte über die Vorgänge in Brünn sowie in den anderen Orten Deutsch-Böhmens vor. Weiterhin wurde dem Stadtrat das Neuern an einer Debatte über diese Angelegenheit eingeladen.

### Ungarisch-schweizerisch-slowakische Verhandlungen

Der Minister für Nationalitätenangelegenheiten Tassy legte am Nachmittag die Verhandlungen mit den slowakischen Delegierten fort, wobei u. a. der Staatsminister der Neuern Deneš Deneš fern von slowakischen Nationalitäten (Gedächtnis) und der Präsident des slowakischen Nationalrates Dula teilnahmen.

### Die Entente und Wilhelm II.

Der Generalstaatsanwalt Smith sagte in einer Rede in Birmingham, die Vollzieher der Regierung sei, so weit es ihre Macht für gestattet, bei den Alliierten darauf zu dringen, daß der Kaiser persönlich zur Verantwortung gezogen werde für Verbrechen, für die er persönlich in erster Linie verantwortlich sei. Sie will, daß er Gelegenheit erhalte, sich gegen die Anschuldigungen zu verteidigen, die gegen ihn erhoben werden.

### Vormarsch gegen Graz

„Courriere della Sera“ meldet aus Belgien, die serbische Armee hat den Vormarsch gegen Graz angetreten.

### Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4  
Verleger: Dr. G. B. 22, 13 6 20, 13 6 27. Verlagsort: Leipzig Nr. 2660. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

### Der Weg zum Vorfrieden

Eine dumpfe Periode liegt zur Zeit über der abertausendjährigen Geschichte des deutschen Volkes. Die Ära der Hoffentlichkeitsabhandlungen, die Deutschland annehmen mußte und die für uns ein furchtbares Erbe und langgedehnten Träumen bedeutet, trägt zweifellos ihr Teil an diesem Tiefstand der Stimmung. Was der Wollang des Abkommens und Tag für Tag an schmerzlicher Erkenntnis bringt, muß weiter niederdrücken wirken. Lange aber darf dieser Zustand der Hofflosigkeit und Niederlagenhaftigkeit nicht andauern. Das deutsche Volk muß sich auf sich selbst, auf seine Kraft, auf seine 70 Millionen besinnen. Wir müssen die Vergangenheit entschlossen liquidieren und uns mit den uns verbietenden Kräften für eine neue Zukunft einrichten. So, wie bisher, darf es in Deutschland nicht weitergehen.

### Ein englisch-französischer Sondervertrag

Während der Kammerheit des englischen Königs in Paris ist ein neuer englisch-französischer Sondervertrag abgeschlossen worden. Wie die Pariser Regierungspresse behauptet, besteht er aus zwei Teilen. Die betreffen das Verhalten während der Vorfriedensverhandlungen und Abmachungen für eine bestimmte Zeit nach Friedensschluß. „Matin“ meint, es handle sich auch um eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands und Österreich-Ungarns. Man werde in Paris und London eine Demomachie begünstigen, die auf Zusammenbruch aller vorwiegend von Katholiken bewohnten deutschen Gebiete zielen sollte. Solche und ähnliche Kombinationen der Pariser Presse dienen durchaus exakte Stimmungsberichte zur Veranschaulichung.

### Wie Deutschland hüben soll

Im seiner Rede in New Castle führte Lloyd George aus: „Es ist Grundlos, daß der Verlierer behauptet, nach diesem Grundlos wollen wir gegen Deutschland vorgehen, daß die Kriegsverbrechen bis zur Grenze seiner Verantwortung zurückzuführen sind.“ Deutschland darf die Entscheidung nicht auf die Seite des Verlierers, das es Unrecht mit billigen Worten überdeckt. Lloyd George: „Wir meinen, daß die Interventionen gerecht, aber ohne Konzessionen sein und an einer einheitlichen Abrechnung führen muß. Das die U.S. Sozialpolitik ansetzt, so müssen die Entente bekräftigt werden. Wer immer das Land eines andern zerstört, muß dafür verantwortlich gemacht werden. Zwei unabweisliche Verträge gegen das Völkerrecht sind begeben worden. Das eine war das Versprechen gegen die Menschlichkeit, diesen großen Krieg zu planen, das andere der Bruch des Völkerrechts. Wir müssen dahin wirken, daß die Schreie dieses schrecklichen Krieges nicht verhallen werden. Wir müssen dahin wirken, daß durch unser lebendes Vorgehen, durch ein gerechtes, fürchtloses und mittelbares Vorgehen solche Verbrechen nie wieder in der Geschichte der Welt wiederholt werden.“ In dem Teil seiner Rede, in dem Lloyd George über die Entscheidung sprach, sagte er: „Die Alliierten erwidern diese Frage. Wir haben eine große Kommission ernannt, in der jede Meinungsäußerung vertreten ist, um Deutschland die Leistungsfähigkeit zu untersuchen. An der Gerechtigkeit der Forderung ist kein Zweifel. Frankreich unterliegt diese Frage gleichfalls im Hinblick der außerordentlich schweren Schäden, die seinen Wäldern zugefügt worden sind, abgesehen von den Kosten der Führung des Krieges. Die Frage der Verantwortung für den Einfall in Belgien wurde einigen der größten Juristen dieses Landes übertragen. Sie kamen schließlich zu der Überzeugung, daß der Kaiser sich eines Kriminalverbrechens schuldig gemacht habe, für das er zur Verantwortung gezogen werden sollte.“

### Der Berliner Bürgererrat

Der Berliner Bürgererrat erließ folgenden Aufruf: Der durch 3000 Vertreter aller in Berlin anwesenden bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verbände und Vereine am 20. November 1918 erwählte Groß-Berliner Bürgererrat wendet sich an die Bevölkerung und den Behörden der Interessierten des Bürgertums unter demütiger Mahnung von einheitlicher Klassenpolitik. Er stellt sich auf den Boden der vollzogenen Tatsachen und ist davon überzeugt, daß die neue Zeit einen neuen Geist verlangt. Der Bürgererrat verlangt nachdrücklich die abschließende Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung auf Grund eines gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen; 2. den unbedingten Schutz des Eigentums; 3. die Unterlassung aller der Grundlag- und produktiver Wirtschaft umstülpernden Maßnahmen wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Art, welche energische Förderung der Produktivität deutscher Arbeit und Wirtschaft. Der Bürgererrat fordert das gesamte deutsche Bürgertum auf, überall in Stadt und Land Räte und alle Schichten der Bevölkerung zu konstituieren. Alle schon vorhandenen und entstehenden Bürgererräte werden aufgefordert, sich umgehend mit den Geschäftsstellen zu verständigen. Sie werden sobald als möglich zur Bildung eines zentralen Bürgererrats einberufen werden, der das deutsche Bürgertum vertritt. Das Bürgertum darf in entscheidender Stunde nicht latenten be sitzen.

### Die Mehrheit der Amerikaner für den Rechtsfrieden

Das Washington wird gemeldet: Der amerikanische Senator Folger erklärte unter dem Eindruck eines Artikels der „Washington Post“, die Willsen den Charakter eines Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten abdrückt, daß die Welt eine große Mehrheit der Amerikaner die internationalen Akte der Entente verwerfen und eine gerechte Behandlung eines demokratischen Deutschlands wünsche. Neben anderen Gründen werde die Mehrheit der Amerikaner als Verrat ihrer Ideale empfunden und auf Abschaffung bedürftig.

### Das erste deutsch-österreichische Staatsbudget

Es ist nicht verwunderlich, daß die finanziellen Verhältnisse der neuen deutsch-österreichischen Republik nicht rosig sind. Vor allem ist alles noch unklar über die Umfang des Staatsschatzes, der Anteil der abgefallenen Staaten an der Staatskasse Österreichs, der Umfang der Abwanderung über den Verbleib der bestehenden großen Finanz- und Industrieunternehmungen, der Grad des Vertrauens, das dem neuen Staat bei Kreditoperationen auszuweisen werden dürfte, u. dergl. m. Trotz dieser Unklarheiten und Ungewissheit muß die Staatsverwaltung sorgfältig werden, wenn nicht ein Zusammenbruch erfolgen soll, der alles, aber auch alles mitreißt und unter sich begräbt. Das letzte Kabinett Kommalch-Medich hat nach vorläufiger einer Anweisungsbefugnisse bei der deutsch-österreichischen Finanzverwaltung, welche die Zustimmung der Staatsrat-Kontrollkommission nicht eingeholt wurde; aber Geld nicht bekanntlich nicht, und dem neuen Staat kommen die Kassenbehörden des alten Staates zur Verfügung der unaufrichtigeren Ausgaben und der am 1. Dezember künftigen Einkünfte der Kriegsanleihe, eventuell auch zur teilweisen Deckung der dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung. Die ungeliebte Kassenkammer hat in der sehr respektvollen Höhe von 600 Millionen aufgerechnet.